

Positionspapier – 13. Dezember 2020

## Schule als Spielball der Politik - Wut und Resignation breiten sich aus

Bereits im November sind die Schulleitungsververtretungen aus den Bundesländern im Rahmen der ASD- Herbsttagung in Sorge um das Bildungssystem an die Öffentlichkeit getreten. Die Kernforderung zielte darauf ab, dass die **Bildungspolitik in Deutschland sich im Pandemiegesehen und auch darüber hinaus endlich auf den gemeinsamen Weg machen müsse.**

Nach Rücksprache mit den Landesverbänden läuten nur drei Wochen später für den Vorstand des ASD die Alarmglocken noch klarer und lauter. Die Situation in vielen Schulen ist für Schulleitungen und Kollegien kaum mehr tragbar, aber auch Eltern, Schülerinnen und Schüler sind in einem Höchstmaß verunsichert. Während die politischen Verantwortlichen in den Ländern weitgehend den Eindruck vermitteln, dass dies ein Schuljahr wie jedes andere sei - ‚kleine Störungen‘ inbegriffen, umreißt die Vorsitzende des Allgemeinen Schulleitungsverband Deutschlands (ASD), Gudrun Wolters-Vogeler die bundesweite Lage in Bildungspolitik mit den Worten: „Schulische Normalität ist kaum noch sichtbar und zwar nicht erst durch die kurzfristige Schulschließungen/ Aussetzung der Schulpflicht ab dem 16. Dezember!“

Der Vorstand des ASD wendet sich deshalb noch einmal mit dringenden Forderungen an die (Bildungs-) Politik und die Öffentlichkeit.

1. Die politisch Verantwortlichen müssen endlich damit aufhören, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Verantwortung auf die Kitas und Schulen abzuwälzen.
2. Verlässlichkeit im Hinblick auf Gesunderhaltung und Planungssicherheit für alle Akteure in Bildungseinrichtungen ist unabdingbar. An die Stelle politischer und bürokratischer Restriktion müssen nachvollziehbare und umsetzbare Konzepte treten.
3. Entscheidungen für das Bildungssystem dürfen gerade unter Corona- Bedingungen nicht weiter von parteipolitischen oder wahltaktischen Überlegungen getroffen werden.

An wenigen Beispielen lässt sich festmachen, wie sich in allen Bundesländern der Schulalltag gestaltet und welchen Widersprüchen Schüler- und Lehrerschaft seit Wochen ausgesetzt sind. Die verantwortlichen Bildungspolitiker haben bis vor wenigen Tagen die Schulen immer noch als sichere Orte bezeichnet. „Es kann nicht sein, dass fast das gesamte gesellschaftliche Leben eingeschränkt wird, in der Schule aber 30 Kinder stundenlang Schulter an Schulter in stoßgelüfteten Klassenräumen zusammengepfercht sind“, findet Reinhard Einfeldt, der in Schleswig-Holstein Klagen und Beschwerden aus den Schulen sammelt.

Dass Schule ein sicherer Ort sein soll, ist für Harald Willert (NRW) schon lange nicht mehr

Bei Rückfragen erreichen Sie die Vorsitzende Frau Wolters-Vogeler unter: 0176 42850118

ASD Geschäftsstelle: c/o Grundschule An der Haake, Lange Striepen 51, 21147 Hamburg

nachvollziehbar. „Es ist völlig unverständlich, warum Schulen ihren den lokalen Gegebenheiten und Möglichkeiten angepassten Konzepte nicht eigenständig umsetzen durften. Unter Präsenzbedingungen hat der Aspekt des Gesundheitsschutzes keinen Platz gefunden. Mit der Gesundheit der Betroffenen und deren Angehörigen wird so höchst fahrlässig umgegangen“

In allen Bundesländern hat sich gezeigt, dass die Gesundheitsämter bei steigenden Infektionszahlen mit ihren Aufgaben schnell überfordert sind. Dann haben die Schulleitungen die Nachforschung in den Ansteckungsclustern und Nachverfolgung für Quarantäneentscheidungen übernommen. Andrea Kunkel aus Niedersachsen ist darüber gar nicht sehr verwundert: „Hier wird die Verantwortung an die Schulleitungen weitergeschoben.“

Diese müssen es dann regeln, müssen Entscheidungen treffen, für die andere zuständig und **fach**kompetent sind. Schließlich sitzen die Schüler\*innen vor ihnen und die Eltern verlangen auch nach Sicherheit und Verlässlichkeit. Folge dieser Praxis: Seit Wochen setzen Schulleitungen bis zu 90% ihrer Arbeitszeit für die Bearbeitung von Anforderungen ein, die direkt oder indirekt durch Corona verursacht sind.

Sehr belastend wirkt sich für Schulleiterinnen und Schulleiter der Eindruck aus, der sich ihnen beim Blick auf die Verantwortlichen aus Bildungspolitik und -bürokratie aufdrängt. Seit Monaten leben sie mit einer Verordnungsstrategie, die mit kürzestem Vorlauf von den Schulen bitte perfekte Umsetzungen verlangt. Zudem mit einer Ankündigungspolitik, die vieles verspricht, ihre Grenzen aber spätestens erfährt, wenn es um die Umsetzung vor Ort geht. Digitale Endgeräte sind versprochen; wenn sie tatsächlich in den Schulen ankommen, ist die Frage nach dem technischen Support - wie schon seit Jahren - noch immer nicht geklärt. Auch hier sind dann wieder die Schulen gefragt, die in Eigenregie trotz Unterbesetzung auch diese Probleme lösen müssen. Die Frage, ob die Schülerinnen und Schüler zuhause überhaupt einen Internetzugang haben, wird auf dieser Ebene dann auch zum ersten Mal gestellt.

„Wir haben den Eindruck, dass der Bildungspolitik völlig der Blick auf die schulische Situation vor Ort verloren gegangen ist“, konstatiert Werner Weber von der Schulleitungsvereinigung Baden-Württemberg und ergänzt: „Es wird zu häufig nicht sach- und bedarfsorientiert, sondern nach politischem Kalkül entschieden.“

Reinhard Einfeldt, Vertreter des SLVSH, Schleswig- Holstein;

Andrea Kunkel, Vorsitzende des SLVN Niedersachsen;

Werner Weber, Vorsitzender der VSL Baden- Württemberg;

Harald Willert, Vorsitzender der SLV NRW, Nordrhein – Westfalen.

Gudrun Wolters-Vogeler, Vorsitzende des ASD, Hamburg;

Bei Rückfragen erreichen Sie die Vorsitzende Frau Wolters-Vogeler unter: 0176 42850118

ASD Geschäftsstelle: c/o Grundschule An der Haake, Lange Striepen 51, 21147 Hamburg